

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: hier 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 12. Februar. Nach der Arbeit die Feste: die Delegierten, die in angestrengter, mühsamer, durch manches Gemüthserschütterndes Thätigkeit den russisch-deutschen Handelsvertrag fertig gestellt haben, denen das Interesse der von ihnen vertretenen Völker oft genug die Verpfändung auferlegte, bei den Beratungen Leistung und Gegenleistung sorgsam gegen einander abzuwägen, mußten das Bedürfnis fühlen, nach dem gedeihlichen Abschluß der Verhandlungen noch einige frohe, beglückende, nicht durch geschäftliche Erörterungen in Anspruch genommene Stunden mit einander zu verleben. Am Freitag hatten die deutschen Delegierten ihre russischen Kollegen im Kaiserhof bewirtet: am Sonnabend revidierten sich die Russen durch ein Diner, das an derselben Stelle, im ersten Stock des Hotels, im Salon A, um 7 Uhr Abends seinen Anfang nahm. Alle Zuthaltungen trugen das Gepräge herrlicher und zarter Künsterarbeiten. In den Schmalwänden des festlich geschmückten kleinen Saales hingen die Banner Russlands und Deutschlands in Bündeln innig vereint. Bringen, die das Erwachen, den Morgen darstellten, zierten die Tafel, in deren Mitte sich ein prächtiger Kristallkandelaber erhob, der sein elektrisches Licht über den Raum ergoß. Die Tafel war mit Weiden bekrönt und blühende Drähte, aus Hagebuttenblüthen gebildet, schwebten über den Tischgeschloßen. Für achtzehn Festteilnehmer war gedeckt und die durch herrliche Bouquets mit Schleifen in den russischen Farben bekränzten Ehrenplätze waren den beiden Damen zugetheilt, die zu den Gästen zählten, der Baronin von Thielmann, Gemahlin des preussischen Gesandten in Hamburg, und der Frau Rasfaldow. Im Uebrigen saßen in bunter Reihe Russen und Deutsche unter einander, sechzehn Herren um die Tafel, deren Namen wir in eben dieser Vermischung aufrufen. Es waren versammelt die Herren Freiherr von Thielmann, unser Gesandter in Hamburg, Swarov, Legationsrath Klehmet, von Stein, Rasfaldow, Geh. Ober-Regierungsrath Heule, Baron Anstöring, Dr. Mühlh. v. d. Vliet, C. Neils, Baron Bruck, Graf Pahlen, Admiral v. Tschirchow, von Kommanin und von Wos. Wenn außerordentliche Dinge auf's Tapet gekommen sind, gehören auch außerordentliche Dinge auf die Tafel, und da Anlaß und Muth sich diesmal vollkommen entsprachen und in der Speisefolge auch gewisse Anspielungen auf das Ereignis enthalten waren, wird es gestattet sein, auch die Gänge des Mahles zu verzeichnen. Schon die äußere Ausstattung der Menüs erschien bemerkenswerth: die Embleme des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft, der Schiffahrt bildeten die Grundzüge der Umrahmung. Aus diesem Boden sprossen zwei junge Bäume hervor, in ihren Ästeln die Adlerköpfe Deutschlands und Russlands trug, die durch ein starkes, feingeknotetes Band vereinigt wurden.

Das Kaiserpaar besichtigte am Sonnabend unter Führung des leitenden Baumeisters den in der letzten Zeit fortgeschrittenen Bau der Kaiserin Augusta-Gedächtniskirche und wohnte am Abend der Vorstellung im königlichen Opernhaus bei. Gestern Vormittag empfing der Kaiser den Obersten und Flügeladjutanten v. Reisel, Kommandeur des ersten Garde-Regiments, s. F., und hierauf den Kommandeur des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments, Obersten v. Sautin, beim Abschied das Dankes für die dem genannten Regimente verliehenen Grenadiermützen. Seine Majestät empfing sodann noch den Freiherrn v. Döhlendorff und um 1 Uhr den Erzbischof v. Stalinski, welcher, ebenso wie der Chef des Geheimen Zivil-Kabinetts, Wirklicher Geheimrath Dr. v. Vucanow, mit einer Einladung zur Frühstücksstunde beehrt wurde. Um 4 Uhr Nachmittags fand im Türkischen Zimmer des königlichen Schlosses vor dem Kaiserpaare, welches hierbei von den Damen und Herren des engeren Hofes umgeben war, ein Vortrag des Premier-Lieutenants der Landwehr-Kavallerie, Otto Ehlers, über seine in den letzten Jahren in Vorder- und Hinter-Indien ausgeführten Reisen statt.

Der „Reichs-Anz.“ schreibt: „In verschiedenen Zeitungen, z. B. in der „Thürner Ostdeutschen Zeitung“ Nr. 24 vom 30. Januar, in der „Volkszeitung“ Nr. 25 vom 31. Januar, sowie in der „Post“ vom 1. d. M., wird behauptet, daß bei einer Schlägerei in Thorn an Kaisers Geburtstag 19 Soldaten verwundet und ins Lazareth eingeliefert wurden; auch seien Offiziere bei Herstellung der Ruhe verwundet, ferner ein Leutnant von einem Gefreiten des 21. Infanterie-Regiments durch einen Messerstich in den Unterleib verletzt worden, daß er bald darauf verstorben sei u. dgl. mehr. Die amtlichen Ermittlungen haben die Unwahrscheinlichkeit obiger Angaben erwiesen. — Am dem fraglichen Tage ist es allerdings zu einer Schlägerei zwischen Pionieren und Infanteristen gekommen; in diesen sind nicht 19, sondern 5 Soldaten verletzt worden, von denen nur 2 in das Lazareth aufgenommen wurden. Offiziere sind nicht verwundet, zumal sich niemand an Offizieren vergreifen hat. Nur ist ein Hauptmann nach Beendigung der Schlägerei, und nachdem die Infanterie bereits geschossen von ihren Offizieren weggeführt worden war, — jedenfalls unabsichtlich — durch einen Steinwurf an der Helmpiste getroffen worden. Unwahrscheinlich ist es ferner, daß ein Soldat in Folge eines Messerstichs, den ihm ein Gefreiter gelegentlich eines Streits beigebracht hat, gestorben ist. Ein ähnlicher Vorfall hat sich zwar in Thorn am 27. v. M. zugegetragen, der verwundete Soldat hat aber keine erheblichen Verletzungen davongetragen.“

In der Presse begegnet man Klagen darüber, daß es nicht möglich gewesen sei, im deutsch-russischen Handelsvertrage für unsere Schuhwaarenindustrie größtentheils der russische Markt zu gewinnen. Aber wer in Handelsvertragsverhandlungen eingeweiht ist, wird wissen, daß jedes Land, mag es sein, welches es wolle, gerade für seine eigene Schuhwaarenindustrie den heimischen Markt völlig frei zu halten pflegt. Deutschland hat ja auch für große Schuhwaaren einen Zoll von 50 Mark festgesetzt. Uebrigens hätte, damit unsere großen Schuhwaaren mit den russischen auf dem Markte unseres östlichen Nachbarn konkurriren könnten,

eine so beträchtliche Ermäßigung des russischen Zollsatzes von 1891 gefordert werden müssen, daß an eine Erreichung dieser Forderung im Ernste nicht zu denken war. Was aber die Fernhaltung der russischen Gummischuhe vom deutschen Markte betrifft, so würde sich eine solche nur durch Erhöhung unseres Eingangszolles für Gummischuhe erreichen lassen. Bekanntlich aber lassen sich Zollhöhen nicht bei Handelsverträgen durchsetzen, sondern sind lediglich auf gesetzgeberischem Wege zu erlangen.

Der Deutsche Privat-Beamten-Verein hat an den Reichstag die Bitte gerichtet, er wolle bei einer Beschlußfassung über die Abänderung des Artikels 61 des Allgemeinen Deutschen Handels-Gesetzbuches diesen Paragraphen zu nachstehender Fassung abändern:

„Das Dienstverhältnis zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsdiener kann von jedem Theil mit Ablauf eines Kalenderjahres nach vorgängiger sechsmonatlicher Kündigung aufgehoben werden. Vereinbarungen, welche eine kürzere Kündigungsfrist bedingen, sind nichtig; Vereinbarungen, welche längere Kündigungsfristen bedingen, sind gleichfalls nichtig, sofern die durch sie bedingenden Kündigungsfristen nicht für beide contrahierenden Theile gleich bemessen sind. Bei Ausnahmefällen und Probe-Engagements, die sich nicht über einen Monat erstrecken dürfen, ist die Vereinbarung kürzerer Kündigungsfristen zulässig. Beim Abgange können die Handlungsgehilfen ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Handlungsgehilfen auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszuweisen. In Betreff der Handlungsgehilfen ist die Dauer der Verleihe nach dem Verleihe und in Ermangelung vertragsmäßiger Bestimmungen nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauche zu beurtheilen.“

In seiner Begründung verweist der Verein darauf, daß in einer Reihe Geschäften, namentlich in den großen Städten, achtstellige Kündigungsfristen auf jeden beliebigen Tag und sogar einjährige Kündigungsfristen üblich sind. Der kaufmännische Angestellte sei niemals in der Lage und könne niemals in der Lage kommen, bei sich im Allgemeinen besseren wirtschaftlichen Verhältnissen oder beim Aufschwunge eines einzelnen Geschäftes so schnell die Aufbesserung seiner Stellung herbeizuführen, wie er, namentlich bei so abnormen Kündigungsfristen, der steten Gefahr ausgesetzt sei, bei sich einstellenden allgemeinen wirtschaftlichen Depressionen wie beim Rückgange eines einzelnen Geschäftes seine Bezüge herabgesetzt zu sehen, oder auch gänzlich der Stellung verlustig zu gehen. Dagegen soll die obige Bestimmung Abhilfe schaffen.

Das „Min.-Blatt“ s. d. innere Verw. veröffentlicht die bereits kurz erwähnte Verfügung des Ministers des Innern betreffend die Gewährung von Amortisations-Darlehen an Grundbesitzer aus öffentlichen Sparkassen. Es heißt darin u. a.: Um die allmähliche Befreiung des Grundbesitzes, namentlich kleineren und mittleren Umfangs, von hypothetischen Schulden zu erleichtern und zugleich den Bestreben Gelegenheit zu geben, in Fällen vorübergehenden Geldbedürfnisses ohne erhebliche Kosten und Formalitäten neuen Kredit zu erhalten, bieten sich als empfehlenswerthes Mittel Amortisationsdarlehen besonders in Verbindung mit der Einrichtung dar, daß die Amortisationsbeiträge zu einem besonderen Fonds angesammelt werden, den der Schuldner gegebenen Falls wieder für seinen Kredit nutzbar machen kann. Wenn auch zu Gewährung derartiger Darlehen sich in erster Linie die mit verbundenen öffentlichen Grundbesitzinstitute (Landchaften u. dgl.) eignen, so seien doch auch die Sparkassen, ohne mit diesen Instituten in nachtheiliger Konkurrenz zu treten, in der Lage, den Realcredit durch Gewährung derartiger Amortisationsdarlehen zu fördern. Eine allgemeine Verbreitung habe diese Einrichtung, die allerdings bei einem Theil der Sparkassen bereits bestände, noch nicht gefunden, weil das Verständnis ihrer wirtschaftlichen Vortheile noch nicht weit genug vorgeschritten sei, und die den Kreditnehmern obliegenden Leistungen für Zinsen und Amortisationsbeiträge vielfach noch als Ueberbürdung empfunden würden. Die Hebung dieser Schwierigkeiten erscheine möglich, wenn die Sparkassen für Amortisationsdarlehen eine geringere Verzinsung forderten, als für gewöhnliche Darlehen, wozu sie mit Rücksicht auf die jährlich abnehmende Verdrängung des mit Amortisationsdarlehen belasteten Grundbesitzes und auf die allmähliche Vergrößerung des Amortisationsfonds in der Lage sind. Die Vergünstigung niedrigerer Zinsfußes sei aber den Kreditnehmern nur zuzubilligen, wenn sie sich verpflichten, über den angesammelten Amortisationsbetrag nicht früher zu verfügen, als bis der fünfte Theil der Schuld getilgt ist und wenn sie für den jeweiligen Rest der Hypothek das Vorrecht vor einer an Stelle der getilgten Kapitaltheile etwa aufzunehmenden Hypothek einräumen. Es empfehle sich, daß die Sparkassen sich die freie Entscheidung darüber vorbehalten, inwieweit den Gesuchen um Rückgabe des Amortisationsguthabens gewillfahrt werden könne, wenn auch, falls hinsichtlich der Sicherheit keine Bedenken entgegenstünden, derartigen Anträgen regelmäßig stattzugeben sein würde. Betreffs der Kündigungsfrist empfehle sich, die Amortisationshypotheken dadurch zu begünstigen, daß bei einer im Falle des Geldbedarfes der Sparkassen notwendig werdenden Auflösung zunächst die Hypotheken ohne Amortisation getilgt werden. Zum Schluß werden die Oberpräsidenten ersucht, auf die Sparkassenverwaltungen dahin einzuwirken, daß die Amortisationshypotheken eine thunlichst erweiterte Anwendung finden, und in Anbetracht zu bringen, daß entsprechende Vorschriften in die Statuten der öffentlichen Sparkassen aufgenommen werden. Ueber die Entwicklung der Angelegenheiten sollen die Oberpräsidenten nach Jahresfrist berichten.

In die Silber-Enquete-Kommission ist auch der Abg. Dr. Hammerberg berufen. Der „Kreuzzeitung“ gefällt die Regelung der Personenfrage gar nicht. Sie sagt, diese Frage scheint „eigenartig gelöst“ werden zu sollen und zwar sagt sie dies deshalb, weil Prof. Dr. Adolf Wagner noch nicht in die Kommission berufen worden ist: „Wie derselbe (Prof. Wagner) nun aber von der Börse-Enquete getrennt als Mitglied ferngehalten wurde, obwohl aus dem Schoße der Kommission selbst direkt bei dem Herrn Reichskanzler, bezw. Herrn v. Bötticher dringend darum gebeten wurde, so scheint ein gleiches auch bei der

Silber-Enquete stattfinden zu sollen, obgleich andererseits in der Kommission durch Berufung der entschiedensten Goldwährungs-Männer die Mehrheit gegen die Silberallianz schon gesichert ist. Es muß schlecht um eine Sache stehen, bei der mit solchen Mitteln gearbeitet wird, und wir würden es vollständig verstehen, wenn die einer Reform geneigten Herren unter solchen Umständen es ablehnten sollten, in die Enquete-Kommission überhaupt einzutreten.“

Die „Kreuzzeitung“ wirft hier der Regierung Parteilichkeit vor. Auch wenn die Herren Dr. Arendt, von Kardorff und Graf Wittebach es ablehnten sollten in die Kommission einzutreten, wie dies von einem anderen hiesigen Blatte behauptet wird, das rege Beziehungen zu Dr. Arendt unterhält, wird die Kommission schließlich zusammengetreten und ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen zu lösen suchen. Einen wesentlichen praktischen Erfolg versprechen wir uns, wie wir wiederholt ausführen, von der Enquete nicht.

Bonn, 11. Februar. Prinz und Prinzessin Heinrich traf heute Vormittag 10^{1/2} Uhr hier ein und wurden auf dem Bahnhofe von dem Prinzen und der Prinzessin von Schaumburg-Lippe empfangen.

Hamburg, 10. Februar. In fünfzehn großen Volksversammlungen wurde gegen die hamburgische Staatsverwaltung als die einer Klassenheraschtaft energisch protestirt. Der Senat wurde aufgefordert, die jetzigen Steuern durch eine progressive Einkommensteuer zu ersetzen und das allgemeine Wahlrecht einzuführen.

Hamburg, 10. Februar. Nach der „Hamburgischen Börse“ beruft die Handelskammer für die nächste Woche eine Versammlung des „Ehrenhaften Kaufmanns“ ein. Auf der Tagesordnung steht der russische Handelsvertrag und die Währungsfrage.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. Februar. Die „Wiener Ztg.“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Ministerpräsidenten Fürsten Windischgrätz, durch welches der Reichsrath auf den 22. d. M. einberufen wird.

Gratz, 10. Februar. Landtag. In Beantwortung einer von sämtlichen Abgeordneten unterzeichneten Interpellation, durch welche von dem Unterrichtsministerium die Einleitung einer Untersuchung über die Verhältnisse der technischen Hochschule unter Einbezug auf die tieferen Ursachen der beklagenswerthen Vorgänge gefordert wird, erklärte der Statthalter Freiherr v. Ribitz, der Unterrichtsminister habe den von den Studenten gewünschten Empfang einer Deputation unter den durch die Disziplin gebotenen Voraussetzungen zugegeben. Die Studenten hätten dieses Angekündigte jedoch nicht angenommen und seien nicht erschienen, sie hätten vielmehr ihr Anliegen disziplinarwidrig in einer Broschüre niedergelegt. Die Regierung werde die Autorität der Lehrerschaft und die Disziplin unter den Studierenden aufrecht erhalten.

Schweiz.

Bern, 10. Februar. Die heute aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft ausgewiesenen Anarchisten und Unruhestifter sind die Italiener Ottino, Rossi, Gachino, Ringoli, Zanotta, Romanoni; die Deutschen Simmering aus Algersleben, Nommann (Balingen), Wickers (Hamburg), Ries (Schöfchen), Zwimg (Potsdam), Bender (Weßelau), der Oesterreicher Rabane. Da die Züricher Behörden einzelne dieser Personen strafrechtlich verfolgen, wird die Ausweisung sich erst nach der gerichtlichen Entscheidung vollziehen. Wie verlautet, stehen weitere Ausweisungen bevor.

Frankreich.

Paris, 9. Februar. Im Unterstaatssekretariat der Kolonien lief heute, wie bereits gemeldet, eine kassirte Depesche ein, deren Wortlaut keinen Zweifel darüber bestehen ließ, daß die Kolonne Bonnier in der Nähe von Timbuktu gestürzt wurde, und daß auch der Dersif sich unter den verschundenen Offizieren befindet. Ein verwundeter Hauptmann, dem die Flucht gelang, erstattete über den Vorfall genauen Bericht. Die Tollkühnheit des Oberleutnants Bonnier, welche zuerst bewundert wurde, findet jetzt Tadel, je nachdem man weiß, daß er auf eigene Faust und mit ungenügenden Mitteln, ohne seinen Rückzug decken zu können, den Marsch auf Timbuktu unternahm. Doch ist nicht davon die Rede, die Ehrengleichheit anzugehen. „Paris“ berichtet, der Ministerpräsident Casimir-Perier hätte dem Abg. Couhard aus Senegal, der ihn etwas ängstlich fragte, ob man jetzt Timbuktu wieder räumen würde, geantwortet: „Nimmermehr. Wenn es möglich wäre, so würden wir alle erforderlichen Truppen aufstellen, um uns in Timbuktu zu besetzen.“ Die Vertreter Algeriens freuen sich über diesen Bericht, weil eine Verzichtleistung nach ihrer Ansicht allen französischen Besitzungen in Afrika schaden würde, ja sie gefährden könnte. So denkt auch der ehemalige Unterstaatssekretär bei den Kolonien Delcasse, der heute im Palais Bourbon erklärte, man müsse der Regierung alle Rechte und alle Truppenverfügungen, die sie verlangen könnte, bewilligen; dies sei das einzige Mittel, den französischen Einfluß im Sudan nicht erschüttern zu lassen. Sein Kollege in der Kammer und im „National“, der ehemalige Vaucomminier Delmas-Montaud, stellt sich hingegen auf die Seite derer, welche das rasche Vorgehen Bonniers beklagen und knüpfen daran Betrachtungen über das eigenmächtige Handeln, das unter den Offizieren in Afrika eingeübt ist. Die Regierung, sagt er, mußte wohl, was sie that, als sie jüngst ihren Deserteuren Bonnier heimzurufen beschloß. Sie wollte damit der Abenteurerlust ein Ziel stecken, die in den Kolonialtruppen immer mehr um sich greift und zugleich den bis zur erbitterten Nebenbuhlerschaft gediehenen Wettstreit zwischen den Völkern und Ee-truppen zünden. Jetzt ist man um eine bittere Erfahrung reicher, auch wird die Regierung es sich angelegen sein lassen, den Offizieren einzuführen, daß sie das Interesse Frankreichs über ihren eigenen Ehrgeiz stellen müssen.

Die Stadt Goudon oder Goteban, in deren Nähe die Kolonne Bonnier von den Tuaregs nachlässig überfallen wurde, liegt südwestlich von Timbuktu an einem kleinen See, der etwa 50 km. stromabwärts von Timbuktu in den Niger abfließt. Die Depesche des Hauptm. Philippe, der jetzt die Garnison von Timbuktu befehligt, sagt, der Oberleutnant Bonnier habe einen Refugiumszug

nach einem Tuareglager unternommen, als er drei Tagemärsche von Timbuktu entfernt, überfallen wurde.

Paris, 10. Februar. Die in der heutigen Kammervergung abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten bestätigt, daß Frankreich in Timbuktu zu bleiben gedenkt. Außer dem neuzubildenden Bataillon indonesischer Scharfschützen werden vom Senegal ein Bataillon senegambischer Scharfschützen so bald wie möglich zur Verstärkung gesandt. Desgleichen sind unverzüglich Maßregeln getroffen worden, um im Notfall Truppen aus Algerien ohne Zeitverlust heranzuziehen. Die Erklärung der Regierung wurde in der Kammer mit vielem Beifall aufgenommen, Boissy d'Anglas erklärte, seine Interpellation bis zum Eintreffen neuer Nachrichten versagen zu wollen.

José Reinach hat seinen bereits früher besprochenen Gegengewicht behufs Schaffung eines besonderen Kolonial-Ministeriums wieder aufgenommen.

Redakteur Breton vom anarchistisch-sozialistischen Blatt „Parti Socialiste“, ein zweizehn-jähriger Nefte des berühmten Malers Jule Breton, wurde wegen eines Artikels, der zum Mord des Präsidenten der Republik aufreizt, zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Franks verurtheilt. Der mitangeklagte Leiter des „Parti Socialiste“ wurde freigesprochen.

Die Verhaftung des Finanzmannes Soubehran ist ohne Vorwissen der Regierung erfolgt. Wie weiter verlautet, sollte Soubehran auch so gleich wieder aus der Haft entlassen werden. Die gerichtliche Untersuchung wird jedenfalls angeben, ob in der That Depots der Societe des Immeubles de France in rechtswidriger Weise der Banque d'Escompte geliehen worden sind, deren Liquidation am Freitag beschlossen worden ist. Obgleich der „Figaro“ betont, daß der Sturz Soubehran's, seit langer Zeit vorhergesehen, keine weiteren Folgen haben würde, bleibt doch im Hinblick auf die Höhe der in Betracht kommenden Depots abzuwarten, ob sich nicht weitere Folgen an diesem Sturz knüpfen werden. Baron Soubehran, der früher zu Wohlthun von Wohlthun in nahen Beziehungen stand, nahm auch am politischen Leben einen regen Antheil; er war viele Jahre Depuirtir für das Departement Vienne, und schon im Alter von 25 Jahren bekleidete er 1853 den Posten eines Kabinettschefs beim Finanzminister Fould.

Italien.

Rom, 10. Februar. Die Zoll- und Verbrauchsabgaben sind immer noch im Rückgang begriffen. Im Januar 1894 brachten sie 29.269.245 Lire ein, d. h. 1.216.865 weniger als im Januar 1893. Das Gesamtvermögen der sieben ersten Monate des Finanzjahres 1893-94 beläuft sich auf 209.122.962 Lire, d. h. 12.471.601 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Unter den einzelnen Posten zeigen eine Zunahme die Fabrikations- und Verkaufssteuern und die Decrets von Rom und Neapel, während der stärkste Rückgang sich in den Einfuhrzöllen bemerklich macht. Die Gründe für die letztere Erscheinung brauchen keineswegs in einer Abnahme des Verbrauchs bezw. der Kaufkraft des Landes gesucht zu werden; sie sind vielmehr zum Theil durch die Einführung der Goldzahlung der Zölle gegeben, sowie durch den Umstand, daß in Folge der besten Ernte Italien nicht soviel fremdes Getreide nöthig hatte als im Vorjahr. Im Vergleich zu dem Vorschlag des Budgets für 1893-94 ist der hauptsächlichste Ausfall an Einnahmen noch nicht bedenklich. Das Kabinet Giolitti hatte diese Einnahme-gruppe von vornherein niedriger in den Etat eingekalkuliert als im Vorjahr, im Ganzen für das Jahr 1893-94 auf 361.017.867 Lire, sodaß die tatsächlichen Erträge der ersten 7 Monate hinter den vorgesehenen nur um 1.470.793 Lire zurückblieben. Dieser Ausfall ist so gering, daß er in den noch folgenden fünf Monaten leicht wieder ausgeglichen werden kann, wenn sich die Einfuhr wieder hebt.

Der Mailänder „Secolo“ veröffentlicht ein Gespräch seines Wiener Berichterstatters mit dem italienischen Votschafter Grafen Nigra, das einige sehr beachtenswerthe Bemerkungen über den Dreibund, an dessen Abschluß Nigra mitgewirkt hat, enthält. Der Votschafter sagte u. A.: „Wenn man in Italien den Dreibund richtig beurtheilen will, darf man nicht vergessen, daß wir es waren, die dessen Abschluß anstrebten. Die ersten Vorschläge gingen von uns nach Berlin. Deutschland nahm sie mit Verdringung auf, fügte aber bei, daß es notwendig sei, sich auch mit dem Wiener Kabinet zu verständigen, weil das Bündnis zwischen Oesterreich und Deutschland eine unersetzliche Stütze der deutschen Politik bilde. So geschah es, daß wir uns nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit Oesterreich-Ungarn verbündeten, im Bewußtsein, auf diesem Wege den besten Schutz unserer Interessen zu finden. Diese Allianz hat unsere drohende moralische Vorherrschaft im Mittelmeer gesichert. Wollte Italien seine Bündnisse eingehen, so würde es dieselbe Stellung einnehmen, wie Belgien — größer zwar, aber ohne die blühende Industrie Belgiens zu besitzen. Es würde jeden Einfluß im europäischen Leben verlieren, keinen Faktor mehr bilden, mit dem zu rechnen ist, nach seiner so glänzenden Vergangenheit in nichts versinken. Ich bin überzeugt, daß Italien dem Dreibund, der die Gewähr seiner Lebensinteressen bildet, treu bleiben wird. Sich selbst gegenüber hat es die Pflicht, an dieser Politik festzuhalten.“

Rom, 10. Februar. Der von Frankreich inspirirte vatikanische „Moniteur“ erbt in dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages eine neue Verdringung zur Isolirung Frankreichs. Die Folge davon werde sein, daß der Radikalismus und der Sozialismus in Frankreich dem Jaren zum Trost von Neuem das Haupt erheben werden.

Heute wurde Chaubet vom Gericht verurtheilt. Er vertheidigte sich äußerst geschickt und leugnete entschieden, zu irgend welchem Verzuge den Etat die Hand geboten zu haben. Unter Thronen und heiligem Schlingen betheuerte Chaubet, daß er lediglich das Opfer seiner eigenen Gutmüthigkeit und gegnerischer Intrigen geworden sei. Niemand wäre einer unredlichen Handlung fähig gewesen. Dieser Zwischenfall rief im Publikum eine starke Bewegung hervor.

Rom, 10. Februar. (Melbung der „Agenzia Stefani“.) Die an auswärtigen Botschaften verbreiteten Gerüchte über eine schwere Erkrankung des Ministerpräsidenten Crispi sind unbegründet. Crispi ist bei bestem Wohlbefinden und begab sich

Annahme von Inzeraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

heute wie gewöhnlich in das Ministerium zur Erledigung von Staatsgeschäften.

Spanien und Portugal.

Madrid, 10. Februar. Heute Nachmittag fand ein Ministerrath statt, in welchem die von Martinez Campos eingegangenen Depeschen verlesen wurden. Der Marischall meinet, der Sultan habe im Prinzip die spanischen Forderungen angenommen, zögerte jedoch mit der Ausführung. Der Ministerath verfügte deshalb, daß das andalusische Armeekorps und die Flotte sich für jede Eventualität bereit halten sollen.

Rußland.

Es ist schon früher häufig darauf hingewiesen worden, daß die russische Regierung den Bau von Eisenbahnen pläne, welche den äußersten Norden mit den übrigen Theilen des Reiches in Verbindung setzen sollen. Kürzlich ist nun ein zaristischer Ukas ergangen, welcher eine Kommission einsetzte, die über diese Angelegenheit schlußfassen werden soll. Einstweilen hat man drei Routen ins Auge gefaßt: eine Finland-Murmansk, eine Wolgoda-Urals und eine Wolga-Dwina-Eisenbahn. Man hat sich aber sehr bald davon überzeugt, daß die Moskau-Kajanan- und die Moskau-Taroslav-Wolgoda-Eisenbahngesellschaften, welche ihrerseits ein großes Interesse am Zustandekommen der neuen nordischen Bahnen haben, und dem Finanzminister gegenüber ihre Bereitwilligkeit erklärten, unter gewissen Bedingungen den Bahnbau zu übernehmen, aus eigenen Mitteln die Arbeiten nicht zu vollführen im Stande sind, daß vielmehr eine ansehnliche Unterstützung seines des Fiskus notwendig ist. Da aber die Kosten des Bahnbaues sehr groß sind, so hat die erwähnte Kommission zunächst die Aufgabe erhalten, festzustellen, welche von den drei in Aussicht genommenen Linien am zweckentsprechendsten ist; man will mit ihr dann sofort, d. h. schon im Frühjahr, beginnen und die anderen allmählich nachschließen lassen.

Wie bekannt, beabsichtigt der Chan von China in nicht ferner Zeit Petersburg zu besuchen. Die Reise soll u. A. mit dem Plane des Anschlusses Chinas an die transkaspiische Eisenbahnlinie zusammenhängen.

Afrika.

Französische Blätter melden, am 6. März solle ein Trupp von 100 verurtheilten Ananiten von der Insel Niz nach Libreville, der Hauptstadt des Congo francais, gebracht werden. Die Ueberführung dieser Ananiten nach Westafrika ist dazu bestimmt, dem in der Umgebung von Libreville angelegenen Gemüthsbau eine große Ausbeute zu geben. Seit der auf Befehl des Gouverneurs vollzogenen Urbarmachung gewisser Moräste in der Nähe von Libreville hat eine kleine Kolonie von Ananiten dort mit dem Baue europäischer Gemüthsbau begonnen. Schon nach den ersten Ergebnissen in Dahomey, als die französischen Truppen noch nahe der Meeresküste lagerten, bemerzte der Gouverneur de Brazza die erste Gelegenheit, um dem Expeditionskorps einige Körbe frischer Gemüth zu senden. Mit der Vermehrung dieser ananitischen Erzeugnisse und dem größeren Anbau von Gemüth hofft man den malariakranken Europäern an jener Küste einen großen Dienst zu leisten.

Amerika.

Einem Interviewer erklärte kürzlich der Abmiral Salbana da Gama, der Bürgerkrieg in Brasilien könne nur dann zu einem Vergleich führen, wenn Peizoto abbanke und an seiner Stelle der Senatspräsident de Moraes zum Präsidenten der Republik gewählt würde. Peizoto soll nun dem amerikanischen Gesandten zu wissen geben haben, daß er auf den 1. März die Wahlen zum Kongreß und die Wahl eines Präsidenten auszusprechen gedenke. Da Moraes schon bei der ersten Präsidentenwahl viele Stimmen erhalten hat, so wäre ein Ausweg aus den gegenwärtigen Wirren in Sicht. Freilich bedürfen die Nachrichten, auf welchen diese Annahme beruht, erst selbst noch sehr der Bestätigung.

Washington, 10. Februar. Nach dem Bericht des Ackerbau-Bureaus wird die Baumwollenernte auf 92^{1/2} geschätzt. Die auf den Markt gebrachte Menge ist bedeutend über dem Durchschnitt.

Buenos-Ayres, 10. Februar. Die Aufständischen landeten bei Micherob. Der Kampf blieb bisher unentschieden und wird fortgesetzt. Die Anzahl der Getödeten und Verwundeten soll eine beträchtliche sein.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. Februar. Der neu erbaute Thurm der Jakobikirche ist heute Mittag dem heftigen Sturm zum Opfer gefallen, um 1^{1/2} Uhr riß ihn der Sturm um und vernichtete damit die Folge monatelanger Arbeit. Schon seit einigen Tagen war während der fortgesetzten Stürme ein heftiges Schwanken des in die Höhe strebenden Balkengerüsts bemerkt worden, bis heute hatte dasselbe aber der Gewalt der Natur widerstanden. Auch dieser tief zu beklagende Unglücksfall hat wenigstens kein Menschenopfer gefordert, denn der Thurm fiel auf die Kirchenmauer, er zerschmetterte aber im Falle das kleine Thürmchen und beschädigte das Dach der Kirche ganz erheblich. Der Fall war von einem donnerartigen Krachen begleitet, welches weit über die Stadt zu hören war und zur Folge hatte, daß sofort Tausende nach der Unglücksstätte strömten und die Straßen am dieselben dicht füllten, eine Absperzung seitens der Polizei nicht möglich war.

* Die Kriminalpolizei verhaftete heute den Kellner A. H. S. wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an einem Jährigen Mädchen.

* In der Nacht zum 10. d. Mts. wurde einem auf der Kadische wohnhaften Apotheker ein augen am Schuppenfenster abgegrabschtes Thermometer und am 10. früh vom Herrn eines Hauses der Kurfürstenstraße eine Kanne mit 5 Liter Milch gestohlen.

* Am Sonnabend Abend brachten in Regdow Schenke und Stall des Eigentümers Regdow nieder. Letzte Nacht wurde in Mäh-ringen-Ausbau eine dem Gutsbesitzer Heinrichs gehörige Schenke eingestrichen.

— Der diesjährige Verbandstag der ornithologischen Vereine Pommerns wird auf den 23. und 24. Juni nach Anklam berufen werden.

Special-Preisliste versendet in geschloss. Couvert
ohne Firma gegen Einsendung von 20 M in Marken
W. H. Mielek, Frankfurt a/M.